

Doch unsere Justiz unterstützt sehr mangelhaft den Gewerkschaftsfunktionär, Kollegen Pätzold in Döbeln, und der Großbauer lacht sich ins Fäustchen

Der Großbauer Findeisen in der Gemeinde Porschnitz, Kreis Meißen, hat seinen 22 Landarbeiterinnen und Landarbeitern seit nahezu drei Jahren den Tariflohn vorenthalten. Das Landesarbeitsgericht verurteilte ihn zur Bezahlung von 4538 DM. Dieser Großbauer kommt mit seinem schlaun Rechtsanwalt und erreicht beim Amtsgericht den Vollstreckungsschutz. Die 22 Landarbeiter, die unter den schwierigsten Bedingungen schuften müssen, fragen mit Recht unsere Gewerkschaft, welche Gründe Vorlagen, diesem reichen Großbauern so entgegenzukommen. Es gibt Richter, die nicht einmal das Landarbeiterschutzgesetz kennen. Es wird höchste Zeit, daß diese „Rechtsprecher“ endlich von fortschrittlichen Menschen abgelöst werden.

Wir fragen, was tun unsere Gewerkschaftsleitungen und Parteiorganisationen in diesen Dörfern? Wie lange werden noch unsere Landarbeiterinnen und Landarbeiter die Geduld haben, bei solchen reichen ausbeuterischen Großbauern zu arbeiten?

Wie lange noch werden die werktätigen Bauern, die hervorragende Leistungen vollbringen, zulassen, daß einzelne Kollegen von ihnen in Abhängigkeit zum Großbauern im Dorfe geraten? Ist es nicht ein beschämendes Beispiel für die Bauern von Kyritz, daß, als in ihrer Bayernversammlung eine Protestresolution gegen den feigen Mord an Philipp Müller durch den volksverräterischen Adenauer-Clique verlesen wurde, nur ein Teil der anwesenden Bauern für die Resolution stimmte? Darf man sich da wundern, daß in den Dörfern dieses Kreises ständig Flugblätter des Klassenegners verteilt werden?

Das Landarbeiterschutzgesetz — ein wichtiger Hebel zur Demokratisierung des Dorfes

Während der Gewerkschaftswahlen wurden Hofbegehungen zur Kontrolle des Landarbeiterschutzgesetzes durchgeführt. Diese Hofbegehungen waren in der letzten Zeit sträflich mißachtet und nur unsystematisch durchgeführt worden. Das war auch der Grund, daß dieses Gesetz in Tausenden von Fällen nicht eingehalten wurde. Die Hofbegehungen bei den Wahlen zeigten ein ganz neues Bild:

Tausende von Landarbeiterinnen und Landarbeitern befassen sich mit dem Studium des Landarbeiterschutzgesetzes, sie erheben ihre Forderungen und verlangen, daß sie im Sinne des Landarbeiterschutzgesetzes beschäftigt und entlohnt werden.

Im Orte Lutschütz/Göhren, Kreis Altenburg, schrieb die Frau eines Landarbeiters an unsere Zeitung „Land und Forst“, daß ihr Mann nicht nach dem Tarif entlohnt werde. Sie berechnete den Rückstand des Lohnes mit 1677 DM. Kollege Kuhnert, unser 1. Vorsitzender in Thüringen, wurde aufgefordert, die Sache in Ordnung zu bringen, und der Bauer verpflichtete sich, 1800 DM (das war die richtige Summe) zu zahlen. Doch jetzt beginnt der Bauer mit Schikanen, besonders gegen die Frau des Landarbeiters, die klassenbewußter ist als ihr Mann.

In der Periode der Wahlen wurden durch Arbeitsgerichtsurteile 83 731 DM und durch Güteverhandlungen 352 390 DM rückständiger Lohn an unsere Kolleginnen und Kollegen nachgezahlt.

Was tun die Bürgermeister und Verwaltungen?

Die Bürgermeister und Verwaltungen tun herzlich wenig für die Verwirklichung des Landarbeiterschutzgesetzes, obwohl sie dafür verantwortlich sind. In vielen Fällen bekamen die Gewerkschaftsfunktionäre von den Bürgermeistern keine Hilfe, auch nicht von solchen, die Mitglied unserer Partei sind.

Der Bürgermeister der Gemeinde Bayerdorf im Kreis Niederbarnim und die Bürgermeisterin im Orte Neueritz fühlen sich nicht verantwortlich für die Einhaltung des Landarbeiterschutzgesetzes in ihren Dörfern. In Leitzkau, Kreis Burg, sagte der Bürgermeister: „Hier brauchen Sie nicht erst groß einzugreifen, die Dinge regeln sich von selbst, indem die Kollegen und Kolleginnen selbst kündigen und fortgehen; damit wird auch die Wohnungsfrage geregelt.“

Es gibt aber noch viele gute Beispiele. In Lüdersdorf, Kreis Angermünde, ist der Bürgermeister ein ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär. Er pflegt eine gute Zusammenarbeit mit der Dorfgemeinschaft, alle Klagen und Mißstände im Ort werden gemeinsam beseitigt, so daß die Hofbegehungskommission keine Beanstandungen hatte. An der Wahlversammlung nahmen 99 Prozent der Landarbeiter teil.

Wir schlagen vor, daß in Zukunft die Gemeindevertretung jedes Dorfes laufend zur Einhaltung des Landarbeiterschutzgesetzes Stellung nimmt und daß in unseren Dorfgewerkschaftsleitungen Beratungsstellen eingerichtet werden. Die Namen der sabotierenden Großbauern sind öffentlich in der Gemeinde auszuhängen.

Die Kontrollen des Landarbeiterschutzgesetzes dürfen nicht mehr sporadisch, sondern müssen systematisch durchgeführt werden. In den Kommissionen müssen das Bürgermeisteramt und der Vertreter der VdgB (BHG), neben dem Gewerkschaftsfunktionär, der über ausreichende Kenntnisse über das Gesetz verfügen muß, vertreten sein.

Die Unterstützung der Wahlen durch die Partei der Arbeiterklasse

Die ideologische Hilfe der Partei trug entscheidend zur Verbesserung der Arbeit bei der Durchführung der Wahlen bei. Besonders die Artikel im „Neuen Weg“ und „Neuen Deutschland“ regten eine breite Diskussion über unsere Gewerkschaftswahlen an. Die verstärkte Unterstützung seitens der Partei fand ihren Widerhall darin, daß zahlreiche Landarbeiter ihre Aufnahme in die Partei der Arbeiterklasse beantragten. Eine wesentliche Veränderung und bessere Unterstützung der Gewerkschaftswahlen trat nach dem Beschluß des Politbüros der Partei über die Förderung der Arbeit der Gewerkschaften durch die Mitglieder und Leitungen der SED ein. Zahlreiche Kreisleitungen, z. B. in Sondershausen, gingen dazu über, mit dem Kreissekretariat der Gewerkschaft Land und Forst Seminare mit den Funktionären, unter Hinzuziehung der Sekretäre der ländlichen Parteiorganisationen, durchzuführen.

Durch diesen Einsatz der Partei auf der ganzen Linie wurde ein Aufschwung sichtbar, der wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Wahlen nicht nur organisatorisch-technischen Charakter tragen. Die Partei hat in starkem Maße die politische Führung der Wahlen übernommen. Es wurden während der Wahlen mehr als 10 000 neue Mitglieder für unsere Gewerkschaft geworben.

Auch das Sekretariat des Bundesvorstands und besonders die helfende, scharfe Kritik, die Genosse Herbert Warnke an der Arbeit des Zentralvorstands übte, trugen mit dazu bei, daß viele in der ersten Etappe aufgetretenen Schwächen und Mängel überwunden und daß Zehntausende von neuen Funktionären in die Gewerkschaftsleitungen gewählt wurden.

Nicht alle Kreisleitungen hatten die Bedeutung der Wahlen erkannt

Der Kreissekretär des volkseigenen Gutes Sandhausen betrachtete die Wahlen als „keine politische Aufgabe.“ Die Kreisleitung der SED in Meißen ließ zunächst jeden Morgen den Kreissekretär unserer Gewerkschaft in der Wirtschafts-